

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint  
wöchentlich dreimal u. zwar Dienst-  
tags, Donnerstag und Sonnabends.  
Bezugspreis viertelj. 1 Mk. 30 Pf.,  
durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf.  
Einzelne Nummern 10 Pf.

Inserate  
werden Montags, Mittwochs und  
Freitags bis spätestens Mittags  
12 Uhr angenommen.  
Insertionspreis 10 Pf. pro dreizeh-  
nspaltene Corpusteil.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion G. A. Berger daselbst.

No. 111.

Sonnabend, den 15. Dezember

1894.

### Bekanntmachung,

die diesjährige Aufzeichnung der Pferde und Rinder betreffend.

Nachdem das Königliche Ministerium des Innern beschloffen hat, die nach § 4 unter c der Verordnung vom 4. März 1881, betreffend die nach dem Reichsgesetze vom 23. Juni 1880 für die wegen Seuchen getödteten Thiere zu gewährenden Entschädigungen, alljährlich während der letzten 14 Tage des Monats Dezember vorzunehmende Aufzeichnung der Pferde und Rinder fortan an einem und demselben Tage in sämtlichen Ortschaften auszuführen zu lassen und hierzu für das laufende Jahr aller Orten

Freitag, der 28. Dezember 1894

bestimmt worden ist, erhalten die Ortsbehörden im Bezirke der unterzeichneten Königlichen Amtshauptmannschaft hierdurch Anweisung, an diesem Tage (also nicht früher und nicht später) den vorhandenen Pferde- und Rinderbestand genau aufzuzeichnen und die ausgefüllten Aufzeichnungsformulare bis spätestens zum 6. Januar 1895 anher einzureichen.

Bei der Aufzeichnung sind auch etwa vorhandene Fohlen und Saugkälber mit zu berücksichtigen.  
Meissen, am 12. Dezember 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
J. A. Meusel, Bezirksassessor.

### Bekanntmachung,

die Lagerung und den Verkauf von Petroleum betreffend.

Die Herren Bürgermeister von Wilsdruff und Siebenlehn, sowie die Herren Gemeindevorstände und Schuldvorsteher des hiesigen Verwaltungsbezirks werden unter Bezugnahme auf die amtshauptmannschaftliche Bekanntmachung vom 25. Juni 1883, die Lagerung und den Verkauf von Petroleum betr., daran erinnert, daß ihrerseits jedesmal am Jahreschlusse über den Befund bei Ausführung der von ihnen unter Zuziehung eines Sachverständigen vorgenommenen Revisionen Anzeigen zu erstatten sind.

Ebenso sind spätestens bis Ende Juli jedes Jahres die Abschriften der Verzeichnisse über die in ihren Polizeibezirken vorhandenen Petroleumlager, eventuell ein Vacatschein dafür, direkt an die ihnen bekannten Sachverständigen einzureichen.  
Meissen, am 4. December 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
von Schroeter.

### Bekanntmachung,

die Rekrutierungs-Stammrollen betreffend.

Nachdem die Rekrutierungs-Stammrollen für die Ortschaften des hiesigen Bezirkes berichtigt worden sind, werden die Herren Gemeindevorstände hierdurch veranlaßt, dieselben hier abzuholen.

Meissen, am 12. Dezember 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
J. A. Meusel, Bezirksassessor.

### Die Erklärungen des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe.

Die am Dienstag eröffnete Generaldebatte des Reichstages über den Etat ist entsprechend der allgemeinen Erwartung, durch eine Art Programmrede des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe eingeleitet worden. Allerdings begann der Redner mit der Versicherung, er wolle keineswegs ein Programm entwickeln, da seine Berufung an die Spitze der politischen Geschäfte Systematisch bedeute, aber trotzdem zeigten sich seine Darlegungen doch gewissermaßen zu einem politischen Glaubensbekenntnisse des neuen Kanzlers. In dieser Beziehung war schon die Erklärung bemerkenswert, daß Fürst Hohenlohe nicht allenthalben die Wege seines Amtsvorgängers zu wandeln gedenkt, und in der That scheint der jetzige Reichskanzler auf verschiedenen Gebieten von der Politik des Grafen Caprivi mehr oder weniger entschieden abzuweichen wollen. Dies dürfte namentlich von der Colonialfrage gelten, welcher Graf Caprivi bekanntlich ungemein wohl gegenüber stand. Reichskanzler Fürst Hohenlohe indessen bekundete in seinen dem kolonialen Thema geltenden Ausführungen eine erhebliche andere wärmere und tiefere Auffassung vom Wesen der deutschen Colonialpolitik. Er erblickte hiernach in letzterer einen bedeutsamen Faktor zur Hebung unseres wirtschaftlichen, nationalen und politischen Lebens und hält eine Beteiligung Deutschlands an der großen Culturmission in fernen Ländern auch im Interesse der Weltstellung des Reiches für geboten. Es steht also auf Grund dieser Erklärungen des Reichskanzlers eine lebhaftere Betonung der colonialpolitischen Aufgaben Deutschlands unter dem jetzigen Regime als unter dem Caprivi'schen Curs zu gewärtigen, was die Colonialfreunde in unserem Volke gewiß nur mit Genugthuung vernehmen werden.

Ueber seine künftige Haltung in den Fragen der Weltpolitik ließ sich der neue Kanzler nicht weiter aus, dafür ging er auf verschiedene Fragen der inneren Politik näher ein. Zunächst behandelte er hier das schwebende Finanzproblem, er bezeichnete das gegenwärtige System der Beitragsbeiträge der Einzelstaaten und der Ueberweisungen des Reiches an die Einzelstaaten als einen bloßen Nothbehelf, eine organische Finanzreform im Reiche sei daher unerlässlich, und stellte Fürst Hohenlohe die Wiederkehr des im vorigen Jahre geschickten Finanzreforms auf denselben Grundlagen, jedoch wesentlich eingeschänkt in Aussicht. Bemerkenswert waren auch die weiteren Äußerungen des Reichskanzlers, wonach die gesetzgeberischen Maßnahmen der letzten Jahre in Deutschland mehr der Industrie als der Landwirtschaft zu Gute gekommen seien; in

Anknüpfung an diese allerdings kaum zu leugnende Thatsache verbieth der Kanzler unter dem Beifall der Rechten die Erfüllung der berechtigten Wünsche der Landwirtschaft. Im ferneren Verlaufe seiner Rede berührte Fürst Hohenlohe das soziale Gebiet und die in der „Umsturz-Vorlage“ niedergelegten Vorschläge der Bekämpfung der Umsturz-Bestrebungen, hierbei betonend, daß es sich um kein neues Ausnahmengesetz, sondern lediglich um eine Verschärfung der Bestimmungen des gemeinen Rechtes handele. Darüber, was die Regierung bei einer etwaigen Ablehnung der genannten Vorlage seitens des Parlamentes zu thun gedenke, enthielt sich der Reichskanzler jeder Andeutung. Am Schlusse seines Vortrages streifte er die kirchenpolitische Frage, er hob die Nothwendigkeit eines freundschaftlichen Zusammenwirkens von Staat und Kirche hervor und erinnerte an seine erfolgreiche amtliche Thätigkeit in dem Reichslande auf diesem Gebiete.

Die Aufnahme, welche die Erklärungen des Reichskanzlers im Hause fanden, war im Allgemeinen eine ruhige, fast zurückhaltende, abgesehen von den Beifallstungebungen des Centrum und der Rechten an einigen Stellen. In dessen kann diese einstweilige Reserve des Reichstages gegenüber den Darlegungen des Reichskanzlers gewiß nicht als ein Zeichen des Mißtrauens des Parlamentes in die Absichten des neuen leitenden Staatsmannes gelten. Fürst Hohenlohe hat eben zunächst nur die Hauptgesichtspunkte seiner künftigen Regierungspolitik betont, ohne sich in Einzelheiten einzulassen, aber erst die letzteren werden es dem Reichstage ermöglichen, eine bestimmtere Stellung zu dem „neuen Curs“ einzunehmen. Immerhin kann man schon jetzt sagen, daß das erstmalige Auftreten des neuen Reichskanzlers im Parlament ganz geeignet erscheint, die Hoffnung auf ein ersprießliches Zusammenarbeiten seiner Regierung mit allen besonnenen Elementen des Reichstages zu erwecken.

### Tagesgeschichte.

Berlin, 13. Dezember. Die Geschäftsordnungscommission des Reichstages berieft heute Vormittag 10 Uhr den Antrag auf Genehmigung der strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Liebknecht. Den Vorsitz führte Abg. v. Rehler (C.), als Referent fungirte Abg. Dr. Pieschel (nl.), als Korreferent Abg. Koerren (C.). Anwesend war auch Abg. Prinz zu Hohenlohe. Der Referent ist für Ablehnung und hält persönlich eine Resolution für wünschenswert, daß der Reichstag künftig eine schärfere Disziplin ausüben möge. Der Korreferent ist gegen den Antrag und auch gegen die Resolution. In der Debatte wird allgemein Ablehnung empfohlen. Abg. Singer (Soz.) verlangt auf Grund des Artikels 27 der Verfassung Ablehnung

und spricht den Wunsch aus, die Commission solle die Ablehnung damit begründen, daß der Reichstag seine Disziplin selbst regeln und jede Einmischung zurückweise. An der weiteren Debatte beteiligten sich die Abgeordneten v. Helleuffer, Graf Mirbach, Gomp und Träger. Nach 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> stündiger Debatte wurde die Ablehnung der strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Liebknecht mit 9 gegen 4 Stimmen beschloffen. Eine von den Konservativen vorgeschlagene Resolution, betreffend die Ausübung der Disziplinargewalt des Reichstagspräsidenten, wurde gleichfalls abgelehnt, weil sie über den Rahmen der der Commission gestellten Aufgabe hinausgehe.

Nach dem amtlichen Verzeichniß der Bevollmächtigten zum Bundesrath und der Mitglieder des Reichstages zählt der Reichstag gegenwärtig 398 Mitglieder; ein Mandat ist erledigt, nämlich das des Abgeordneten Gescher (9. Düsseldorf). Diese 398 Mitglieder vertheilen sich auf die Fraktionen wie folgt: Fraktion der Deutsch-Konservativen 61 Mitglieder, Fraktion der Reichspartei 28 Mitglieder, deutsch-soziale Reformpartei 15 Mitglieder, Fraktion des Centrums 100 Mitglieder, Fraktion der Polen 19 Mitglieder, Fraktion der Nationalliberalen 52 Mitglieder, freisinnige Vereinigung 14 Mitglieder, freisinnige Volkspartei 23 Mitglieder, sächsisch-vollständiger Partei 11 Mitglieder, Sozialdemokraten 46 Mitglieder, Wilde 27. Der Seniorenkongress des Reichstages hat beschloffen, daß die Zusammensetzung der Commissionen und die Vertheilung der Sitze auf die Fraktionen die alte bleibe.

Am Dienstag haben mit der ersten Lesung des Etats die eigentlichen Arbeiten des Reichstages begonnen und sind dieselben mit der schon erwarteten programmatischen Kundgebung des neuen Reichskanzlers eingeleitet worden. Zwar war es gerade nicht ein regelrechtes politisches Programm im eigentlichen Sinne des Wortes, welches Fürst Hohenlohe entwickelte, immerhin hat er zu mehreren Hauptfragen der deutschen Politik zum ersten Male Stellung vor dem Reichstage genommen, so daß seine Erklärungen doch bis zu einem gewissen Grade das Gepräge eines Regierungsprogrammes tragen. Nach den Darlegungen des Fürsten Hohenlohe soll unter seiner Thätigkeit als Reichskanzler namentlich folgendes erstrebt werden: Stärkere Betonung der Colonialpolitik und Ausbarmachung der Colonialgebiete für das Reich ohne Vernachlässigung anderer wesentlicher Interessen desselben. Bessere Vertretung der deutschen überseeischen Interessen und speziell Vermehrung der deutschen Kreuzer. Endliche Durchführung der Finanzreform im Reiche, und zwar auf den Grundlagen des vorjährigen Reformplanes, aber erheblich eingeschränkter. Kräftigere Fürsorge für die Landwirtschaft durch Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche. Be-